

## Budget 2007 und Finanzplan 2008 bis 2010

Ausgabenflut bei weitem noch nicht eingedämmt

---

30. Oktober 2006    Nummer 38    7. Jahrgang

# dossierpolitik

---



## Zweckbindungen für Sozialwerke als Ausgabentreiber

### Das Wichtigste in Kürze

Der Voranschlag 2007 des Bundes übertrifft auf dem Papier mit einem Überschuss von 0,9 Mrd. Franken die Vorgaben der Schuldenbremse. In den Finanzplanjahren 2008 bis 2010 sind wachsende Überschüsse vorgesehen, mit denen die Anforderungen der Schuldenbremse mehr als erfüllt werden. Auf den zweiten Blick erkennt man jedoch, dass die Ausgabenentwicklung 2008 bis 2010 im Durchschnitt deutlich über dem – eher optimistisch geschätzten – Wirtschaftswachstum liegt. Die Einnahmen sollen noch stärker wachsen als die Ausgaben, was sowohl an optimistischen Konjunkturprognosen als auch an geplanten Steuererhöhungen liegt. Die kumulierten Überschüsse dürften gerade ausreichen, um ausserordentliche Ausgaben zu finanzieren. Ein Schuldenabbau ist nicht möglich. Die Ausgabenflut wird insbesondere angetrieben durch zweckgebundene Einnahmen und Anteile für die Sozialwerke, vor allem für die IV, die zum Teil massiv erhöht werden sollen. Damit werden andere Aufgabebereiche faktisch verdrängt.

### Position von economiesuisse

Zwar sind Überschüsse geplant. Mit diesen müssen aber bevorstehende ausserbudgetäre Sanierungsaktionen von kumulierten Fehlbeträgen (Pensionskassen Bund und SBB, Strassenverkehr, Übergang zum NFA) finanziert werden. Ein Schuldenabbau liegt damit ausser Reichweite. Sowohl Einnahmen wie Ausgaben übertreffen in der Periode 2006 bis 2010 das Wirtschaftswachstum deutlich. Dies würde zu einer höheren Staats- und Fiskalquote des Bundes führen. Es findet damit weiterhin eine Staatsaufblähung beim Bund statt.

economiesuisse setzt sich konsequent dafür ein, die finanzpolitischen Abwege der 90er-Jahre zu verlassen und die damit verbundene Ausgabenflut wirklich einzudämmen. Dies liegt sowohl im Interesse der Steuerzahler als auch des gesamten Standorts Schweiz. Für heutige und künftige Generationen dürfen keine zusätzlichen Lasten in Form von Schulden oder Steuererhöhungen entstehen. Dies ist bei der vorliegenden Finanzplanung nicht gelungen. Deshalb fordert economiesuisse von Bundesrat und Parlament mehr Mut und deutlich mehr Ausgabendisziplin: Bei der bevorstehenden Finanzplanung ist der Ausgabenzuwachs entlang der Teuerung zu begrenzen. Die dafür notwendigen Strukturreformen, vor allem im ausufernden Sozialbereich, sind an die Hand zu nehmen. Nur so lässt sich die Teuerungsvorgabe für die Ausgaben einhalten, die das Parlament in der vergangenen Juni-Session mit der Annahme der Motion Lauri beschlossen hat.

Dem Voranschlag und dem Finanzplan liegen relativ optimistische Konjunkturprognosen zugrunde. Für das Voranschlagsjahr 2007 wird ein nominelles Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent (real 1,5 Prozent) unterstellt, für die Finanzplanjahre 2008 bis 2010 ein solches von 3,0 Prozent (real 1,5 Prozent). Es wird also im Finanzplan gegenüber dem Voranschlagsjahr mit einem leichten Anziehen der Teuerung gerechnet.

### Überschüsse finanzieren knapp Sonderausgaben

Der Voranschlag 2007 – der erste unter den Vorgaben des neuen Rechnungsmodells – weist einen Überschuss von 0,9 Mrd. Franken aus. In den Finanzplanjahren 2008 bis 2010 wird mit Überschüssen von 0,7 Mrd., 1,4 und 1,9 Mrd. Franken gerechnet (siehe Tabellen auf S. 2 und 4). Damit übertreffen gemäss Eidgenössischem Finanzdepartement (EFD) Voranschlag und Finanzplan alle Vorgaben der Schuldenbremse, die aufgrund der Einnamenschätzungen und der konjunkturellen Lage Überschüsse verlangt. Dies ist insofern von Bedeutung, als in den Finanzplanjahren der Bundeshaushalt einen hohen ausserordentlichen Zahlungsbedarf decken muss. Der Bundesrat will diese Ausgaben mehrheitlich über das ordentliche Budget, d.h. über strukturelle Überschüsse, finanzieren. Damit soll ein Anstieg der Neuverschuldung verhindert werden. Gemäss Voranschlag und Finanzplan sind kumulierte Überschüsse von insgesamt 4,9 Mrd. Franken vorgesehen, 3,8 Mrd. Franken mehr als von der Schuldenbremse verlangt. Laut EFD dürfte dieser strukturelle Überschuss gerade etwa den ausserordentlichen Ausgaben abzüglich allfälliger ausserordentlicher Einnahmen entsprechen. Finanzpolitischer Spielraum für neue Aufgaben entsteht damit nicht.

### Einnahmen: Konjunktur und Steuererhöhungen sollen es bringen

Die unterstellte günstige konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich in der Schätzung der Einnahmen: Im Voranschlagsjahr sollen diese um 7,3 Prozent auf 55,9 Mrd. Franken zulegen, in der Periode 2006 bis 2010 um durchschnittlich 5,0 Prozent pro Jahr auf 63,5 Mrd. Franken. Die immer wieder verbreitete Mär eines „Aushungerns“ des

Staates entbehrt weiterhin jeder Grundlage. Dabei gilt es laut EFD zwei Sonderfaktoren zu berücksichtigen, welche das Einnahmenwachstum in die Höhe treiben. Hauptgrund für die satten Mehreinnahmen der Bundeskasse ist die auf 2009 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozentpunkte für die IV. Daraus sollen Mehreinnahmen von 1,9 Mrd. Franken (2009) bzw. 2,6 Mrd. (2010) resultieren. Weniger ins Gewicht fällt die Einführung des neuen Rechnungsmodells (NRM) ab dem Voranschlagsjahr 2007. Der damit verbundene konsequente Übergang zu einer Bruttodarstellung des Bundeshaushalts führt zu einer haushaltneutralen Aufblähung von rund 0,8 Mrd. Franken. Ohne diese Faktoren erreicht das Einnahmenwachstum im Voranschlagsjahr noch 5,7 Prozent, in den Finanzplanjahren knapp 3,5 Prozent. Beide Werte liegen deutlich über dem angenommenen Wachstum des BIP und über der erwarteten Teuerung. Als Folge davon steigt die Fiskalquote des Bundes von 10,6 Prozent gemäss Voranschlag 2007 auf 11,1 Prozent im Jahr 2010 gemäss Finanzplan. Dies liegt im Widerspruch zum Bekenntnis des Bundesrats zu einer stabilen Fiskalquote.

Eingerechnet sind ferner die Zusatzeinnahmen aus der Erhöhung der LSWA (+100 Mio. Franken ab 2008). Ebenfalls berücksichtigt ist der Ausgleich der kalten Progression, was ab 2008 Mindereinnahmen von 1 Mrd. Franken verursacht, und schliesslich die Reform der Ehepaarbesteuerung (-0,7 Mrd. Franken ab 2010). Demgegenüber hat die gemäss Beschluss des Erstrats auf 2008 einzuführende CO<sub>2</sub>-Abgabe keinen Einfluss auf den finanzpolitischen Handlungsspielraum, weil es sich um eine reine Lenkungsabgabe handelt.

### Finanzierungsautomatismen für AHV und IV blähen Ausgaben auf

Der Voranschlag 2007 rechnet mit ordentlichen Ausgaben von 55 Mrd. Franken, 4,3 Prozent mehr als im Budget 2006. Die höchstzulässigen Ausgaben gemäss Schuldenbremse werden um 0,4 Mrd. Franken unterschritten. Ohne die haushaltneutralen NRM-bedingten Aufblähungen nehmen die Ausgaben um 2,8 Prozent zu, was dem prognostizierten Wachstum des BIP entspricht.

## Voranschlag 2007 und Finanzplan 2006-2010 im Überblick

Finanzierungsrechnung	In Millionen Franken						Zunahme 2006–2010 (%)
	R 2005	V 2006	V 2007	V 2008	V 2009	V 2010	
Ordentliche Ausgaben	51'403	52'743	55'030	57'415	60'975	62'893	4,5/4,1*
Ordentliche Einnahmen	51'282	52'157	55'948	57'403	61'400	63'507	5,0
Ordentliches Finanzierungsergebnis	-121	-586	918	-12	424	615	

V = Voranschlag; R = Rechnung \*Zuwachsraten ohne NRM-bedingte Aufblähungen

Deutlich weniger günstig sieht es in der Finanzplanperiode aus. Im Zeitraum 2006 bis 2010 sollen die ordentlichen Ausgaben um durchschnittlich 4,0 Prozent pro Jahr auf 61,7 Mrd. Franken steigen. Auch hier zeigen die Fakten, dass die immer wieder verbreitete Legende des „Totsparens“ keinen Sinn macht. Auch ohne NRM-bedingte Effekte wären es noch 3,6 Prozent. Beide Werte liegen deutlich über dem prognostizierten durchschnittlichen BIP-Wachstum von nominell 3,0 Prozent pro Jahr, was die Staatsquote des Bundes von 11,3 Prozent gemäss Budget 2007 auf 11,8 Prozent im Jahr 2010 gemäss Finanzplan hochtreibt. Dies ist laut EFD in erster Linie auf die vom Bundesrat vorgesehene zweckgebundene Finanzierung der IV mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozentpunkte im Jahr 2009 zurückzuführen. Aber auch das bereits existierende zweckgebundene Mehrwertsteuer-Prozent zugunsten der AHV steigert die Sozialausgaben: Höhere Mehrwertsteuereingänge erhöhen automatisch die Ausgaben des Bundes für die AHV. Damit werden die übrigen Aufgabengebiete des Bundes von der AHV und der IV finanziell verdrängt.

**Voranschlag 2007: Löwenanteil im Sozialbereich**

Im Voranschlag 2007 werden auf Stufe Bund in der Finanzierungsrechnung weiterhin die finanzierungswirksamen Ausgaben ausgewiesen. Die Aufgabengliederung des Haushalts wurde im Hinblick auf die Aufgabenüberprüfung überarbeitet. Die markanteste Änderung besteht darin, dass die Mehrwertsteueranteile für die Sozialversicherungen neu dem Aufgabengebiet Soziale Wohlfahrt und nicht mehr unstatthaft – wie economiesuisse jahrelang

kritisiert hat – den Finanzen und Steuern angerechnet werden. Diese begrüssenswerte Änderung sorgt für mehr Transparenz. Ebenfalls neu ist, dass die angewandte Forschung, die bisher auf die jeweiligen Aufgabengebiete aufgeschlüsselt war, integral ins Aufgabengebiet Bildung und Forschung überführt wird.

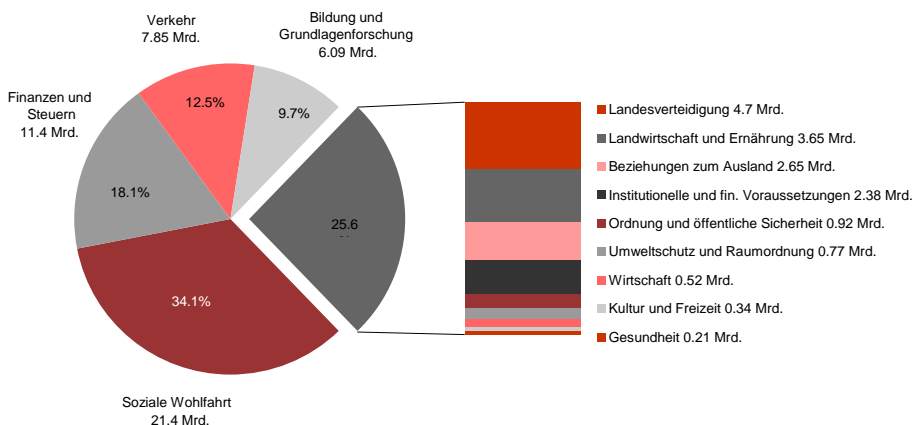
90 Prozent des von NRM-Aufblähungen bereinigten Ausgabenzuwachses entfallen auf die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt (+4,3 Prozent) und Finanzen und Steuern (+7,2 Prozent).

Die Soziale Wohlfahrt beansprucht 2007 mit 17,3 Mrd. Franken gegen einen Drittel des gesamten Bundeshaushalts und ist mit grossem Abstand der gewichtigste Ausgabenposten. Der Anteil von 31,5 Prozent 2007 wird bis 2010 sogar weiter zunehmen (siehe Grafik auf S. 3). Der starke Anstieg gegenüber dem Voranschlag 2006 entfällt insbesondere auf die AHV und IV sowie auf die Prämienverbilligungen. Bei diesen beiden Sozialwerken wirkt als stärkster Ausgabentreiber die per 2007 vorgesehene Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung. Hinzu kommt laut Botschaft zum Voranschlag die demografische Alterung, die für einen Fünftel des Ausgabenzuwachses verantwortlich ist. Die Mehrausgaben bei den Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung sind zum einen auf die steigende Ausschöpfung der Verbilligungsbeiträge durch die Kantone zurückzuführen; zum anderen schlägt die Aufstockung des Zahlungsrahmens um 100 Mio. Franken für die Verbilligung der Prämien von Kindern und Jugendlichen zu Buche.

Das Aufgabengebiet Finanzen und Steuern umfasst zum einen die Anteile Dritter an Bundeseinnahmen und zum anderen die Passivzinsen sowie die Ausgaben für

**Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2010**

Zahlen vor Entlastung durch Abbauvorgabe Aufgabenüberprüfung



Quelle: Finanzplan 2008-2010, Anhang 4

Vermögens- und Schuldenverwaltung. Ab 2007 werden hier auch die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer im Betrag von rund 300 Mio. Franken ausgewiesen (bisher: Nettoausweis als Abzug auf der Einnahmenposition). Unter Ausklammerung dieser haushaltneutralen Aufblähung ergibt sich ein Ausgabentotal von 9,4 Mrd. statt 9,7 Mrd. Franken. Verantwortlich für die Zunahme um 7,2 Prozent (inkl. NRM-Effekt 10,6 Prozent) sind hauptsächlich die prozentualen Anteile der Kantone an der direkten Bundessteuer, die mit dem steigenden Aufkommen aus dieser Abgabe ebenfalls wachsen. Bei den Passivzinsen verursacht das anziehende Zinsniveau Mehrausgaben. Die 4-Milliarden-Marke ist bald erreicht. Auch der hohe Schuldenstand schenkt ein

Eine markante Ausgabensteigerung im Vergleich zum Voranschlag 2006 von 9,2 Prozent auf 5,2 Mrd. Franken 2007 verzeichnet die Bildung und Forschung. Dieser hohe Zuwachs ergibt sich in erster Linie durch eine NRM-bedingte Aufblähung: In den Ausgaben sind wegen NRM ab 2007 die Mittel enthalten, die der Bund der ETH für die Entrichtung der Miete zur Verfügung stellt (443 Mio. Franken).

Effektiv wächst das Aufgabengebiet um 1,0 Prozent. Innerhalb diesem erfolgt eine leichte Gewichtsverlagerung zur Forschungsförderung.

Bei den übrigen grossen Aufgabengebieten finden gegenüber dem Voranschlag 2006 insgesamt keine markanten Veränderungen statt.

#### Finanzplan 2008–2010: Sozialbereich verdrängt übrige

Im Finanzplan werden ab 2008 erstmals die Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) berücksichtigt. Die NFA führt zu einer Nettoentlastung des Bundes von rund 2,5 Mrd. Franken. Dieses Geld fliesst jedoch vollständig in die neuen Ausgleichsinstrumente (Ressourcen- und Lastenausgleich). Dadurch erfolgt die Umstellung im Jahr 2008 – mit Ausnahme des befristeten Härteausgleichs – haushaltneutral.

Nicht berücksichtigt ist in den Kommentaren zu den einzelnen Aufgabengebieten die vom Bundesrat beschlossene Abbauvorgabe aus der Aufgabenüberprüfung von

#### Entwicklung der Bundesfinanzen 2005–2010 (in Mrd. Franken)

Zahlen vor Entlastung durch Abbauvorgabe Aufgabenüberprüfung

Aufgabengebiet	R 2005	V 2006	V 2007	V 2008	V 2009	V 2010	Δ 2006–2010, %
<b>Ausgaben</b>							
Total	51'403	52'743	55'030	57'416	60'976	62'891	4,5% / 4,1%*
Δ zum Vorjahr (%)	2,2%	2,6%	4,3%	4,3%	6,2%	3,1%	
Soziale Wohlfahrt	16'140	16'628	17'343	17'833	20'338	21'434	6,6%
Finanzen und Steuern	8'242	8'796	9'726	10'863	11'290	11'409	6,7%
Verkehr	7'585	7'456	7'456	7'614	7'774	7'852	1,3%
Bildung und Grundlagenforschung	4'588	4'759	5'196	5'661	5'848	6'093	6,4%
Landesverteidigung	4'386	4'305	4'407	4'505	4'577	4'661	2,0%
Landwirtschaft und Ernährung	3'608	3'594	3'596	3'613	3'717	3'650	0,4%
Beziehungen zum Ausland	2'276	2'291	2'346	2'480	2'572	2'650	3,7%
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2'205	2'391	2'357	2'339	2'362	2'384	-0,1%
Ordnung und öffentliche Sicherheit	756	835	858	872	899	916	2,3%
Umweltschutz und Raumordnung	514	555	566	532	539	774	8,7%
Wirtschaft	465	499	532	510	508	515	0,8%
Kultur und Freizeit	437	429	441	383	337	339	-5,7%
Gesundheit	200	205	206	211	215	214	1,1%
<b>Einnahmen</b>							
Total	51'282	52'157	55'948	57'403	61'400	63'507	5,0%
Δ zum Vorjahr (%)	5,5%	1,7%	7,3%	2,6%	7,0%	3,4%	

V = Voranschlag; R = Rechnung

\*Mittlere Zunahme nach der Entlastung durch Abbauvorgabe Aufgabenüberprüfung

700 Mio. Franken (2008), 950 Mio. (2009) und 1,2 Mrd. Franken (2010). Sie ist laut Bericht zum Finanzplan „im Zahlenwerk noch nicht umgesetzt und auf die einzelnen Aufgabengebiete aufgeteilt, sondern wird bis zur Realisierung in den kommenden Finanzplanungen ‚unter dem Strich‘ geführt“.

**Soziale Wohlfahrt und Gesundheit**

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt steigen mit durchschnittlich 6,6 Prozent pro Jahr im Zeitraum 2006 bis 2010 kräftig. 2010 sind dafür 21,4 Mrd. Franken eingestellt. Auch ohne NRM/NFA-Effekte ist es praktisch gleich viel (6,5 Prozent). Eine der Hauptursachen für die weiterhin starke Ausgabendynamik im Sozialbereich ist die vom Bundesrat geplante Erhebung von 0,8 Mehrwertsteuerprozenten für die IV ab 2009. Werden die Ausgaben durch die Auswirkungen des NFA korrigiert, so beträgt die Zunahme der Ausgaben für die IV 14,0 Prozent pro Jahr. Ebenfalls im Finanzplan eingerechnet sind die Massnahmen der 11. AHV-Revision, welche zum Beispiel aufgrund der geplanten Erhöhung des Rentenalters der Frauen Einsparungen für den Bund ab 2008 bringen. Einfluss auf die langfristige Entwicklung haben auch die Rentenanpassungen an die Lohn- und Preisentwicklung sowie die demografische Alterung der Bevölkerung.

Der Gesundheitsbereich fällt im Bundeshaushalt kaum ins Gewicht. Die in Form von Kampagnen geführten Ausgaben für Prävention sollten aber auf dem heutigen Stand eingefroren werden.

**Finanzen und Steuern**

Der Posten Finanzen und Steuern (im Wesentlichen Anteile Dritter an Bundeseinnahmen sowie Passivzinsen; im Jahr

**Neues Rechnungsmodell**

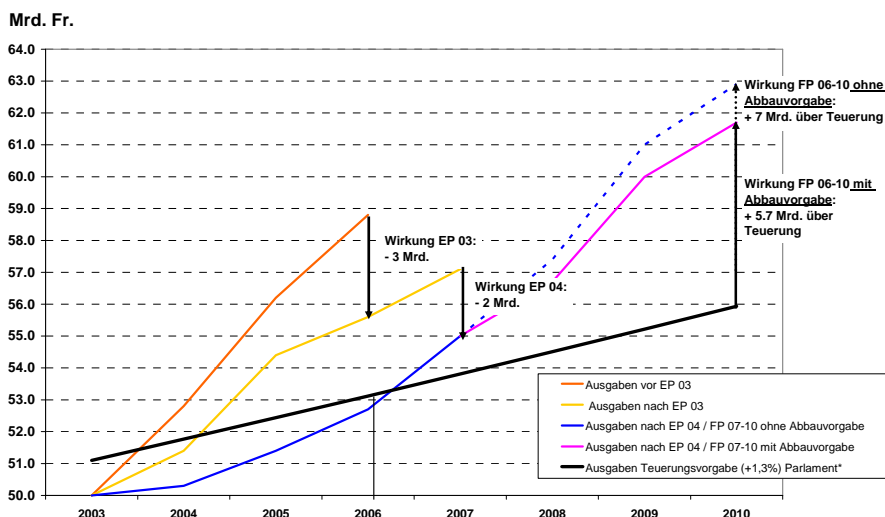
Mit dem Voranschlag 2007 und dem Finanzplan 2008 bis 2010 kommt zum ersten Mal das neue Rechnungsmodell des Bundes (NRM) zur Anwendung. Es bringt den konsequenten Übergang zu einer Bruttodarstellung des Bundeshaushalts. Damit verbunden sind haushaltneutrale Aufblähungen von rund 800 bis 900 Mio. Franken, die bisherige unstatthafte Unterbewertungen zu Lichte bringt.. Betroffen sind verschiedene Aufgabengebiete (siehe Erläuterungen zu den Ausgaben nach Aufgabengebieten und zu den Einnahmen). NRM stellt auch einen Systemwechsel hin zu einer Rechnungsführung nach kaufmännischen Grundsätzen dar. So werden für die Verwaltungseinheiten erstmals Leistungsverrechnungen innerhalb der Bundesverwaltung, Wertberichtigungen, Abschreibungen und Abgrenzungen budgetiert. Die Steuerung auf Stufe Bund erfolgt weiterhin nach der Finanzierungsrechnung (Ausweis der finanzierungswirksamen Ausgaben).

2010: 11,4 Mrd. Franken) weist mit 6,7 Prozent pro Jahr das höchste Ausgabenwachstum auf. Korrigiert um die NRM/NFA-bedingten Aufstockungen beträgt die Zunahme hingegen noch 5,1 Prozent, was aber immer noch erheblich ist.

**Verkehr**

Das Aufgabengebiet Verkehr entwickelt sich im Rahmen der vergangenen Jahre (+1,3 Prozent pro Jahr, ohne NRM/NFA +2,1 Prozent). Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr wachsen etwas rascher als die Strassenausgaben. Hinzu kommt die einmalige Erstellung des Infrastrukturfonds von 2,6 Mrd. Franken. Nicht enthalten sind

**Entwicklung der Ausgaben im Bundeshaushalt 2003–2010**



Quellen: Staatsrechnungen; EFD-Medienmitteilung vom 14.09.2006 zum Voranschlag 2007 und FP 2008-2010  
 \* Basis: Teuerungsvorgabe (Motion Merz/Walker & Motion Lauri), Referenzpunkt =Voranschlag 2003

zudem allfällige finanzielle Folgen der absehbaren massiven Kostenüberschreitung bei der NEAT. Diese Perspektiven werden den Druck erhöhen, das Sparpotenzial durch die strukturelle Bereinigung der „Bahnlandschaft“ zu nutzen.

**Bildung und Forschung**

Der Finanzplan 2008–2010 sieht ein überdurchschnittliches Ausgabenwachstum im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) vor. Für die Botschaften im BFI-Bereich (BFI 2008–2011, Beteiligung an Forschungs- und Bildungsprogrammen der EU), die noch 2006 verabschiedet werden sollen, war zunächst ein jährliches Ausgabenwachstum von im Mittel 4,5 Prozent vorgesehen, das nachträglich auf 6,0 Prozent nach oben korrigiert wurde.

Die vorgesehenen Lastenverschiebungen bei der Berufsbildung und den Fachhochschulen zu den Kantonen erscheinen problematisch, wenn der Bund nicht gleichzeitig auch Kompetenzen abgibt. Die Finanzierung von Spezialisten im Sozialbereich über Berufsbildung und Fachhochschulen ist abzulehnen. Die Mittel für die ETH (+3,4 Prozent) liegen hingegen unter dem vom ETH-Rat geforderten Wachstum (+4,4 Prozent pro Jahr). Sie verfügt damit über keinen Raum für neue Zukunftsinitiativen. Die Grundbeiträge an die Universitäten reichen kaum, um eine signifikante Verbesserung der Betreuungsverhältnisse zu bewirken. Schliesslich sind die nationalen und internationalen F+E-Aktivitäten besser zu verzahnen.

**Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit**

Die Landesverteidigung (+2,0 Prozent, ohne NRM/NFA

+1,7 Prozent) und die Ausgaben für den Bereich Ordnung und öffentliche Sicherheit (+2,4 Prozent) liegen unter dem Wachstum der Gesamtausgaben und bewegen sich insgesamt im Rahmen der Teuerung, was zu begrüssen ist.

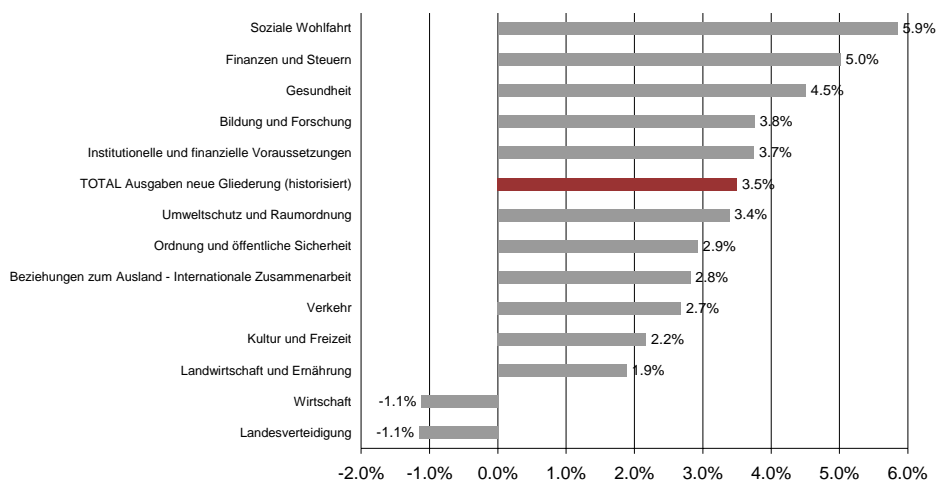
**Landwirtschaft und Ernährung**

Bei der Landwirtschaft und Ernährung (+0,4 Prozent) spricht der Bericht zum Finanzplan von einer „nominellen Stabilisierung“ der Agrarsubventionen. Der Finanzplan bezieht sich auf die Beschlüsse zum AP 2011. Allerdings scheint noch nicht klar, in welche Richtung sich die AP 2011 bewegt. Die Verlagerung von der Marktstützung zu den Direktzahlungen soll allerdings weitergehen. Die Steigerungen bei den Direktzahlungen lassen sich nicht überzeugend begründen. Das heutige System der Direktzahlungen ist unangebracht, weil das Ziel-Mittel-Verhältnis nicht mehr stimmt.

**Beziehungen zum Ausland**

Der Posten Beziehungen zum Ausland – internationale Zusammenarbeit verzeichnet mit +3,7 Prozent eine deutliche Zunahme. Ins Gewicht fallen Zahlungen an die Erweiterung der EU, die Beiträge an die UNO sowie die Friedens- und Sicherheitsförderung. Da sich bei der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte die Fortschritte nicht genau messen lassen, drohen diese Aktivitäten zu einem Selbstläufer zu werden. Beim ODA-Anteil besteht kein Grund, ein Wettstreit um das 0,7-Prozent-Ziel mitzumachen. Die Qualität und Verlässlichkeit der Entwicklungshilfe sind wichtiger.

**Bundeshaushalt: Ausgabenentwicklung nach Aufgabengebieten 1990–2010**



Quelle: EFV, Finanzplan 2008-2010



**Umweltschutz und Raumordnung**

Die Ausgaben für Umweltschutz und Raumordnung nehmen mit 8,6 Prozent pro Jahr deutlich stärker zu als der Gesamthaushalt. Im Bereich Raumordnung sollten die Kosten unter dem durchschnittlichen Wachstum des Gesamthaushalts liegen. Das geplante Wachstum von 3,5 Prozent ist auf die Teuerung zu begrenzen.

**Ausserordentliche Zahlungen**

An ausserordentlichem Zahlungsbedarf rechnet der Finanzplan für 2008 mit 4,1 Mrd. Franken. Davon entfallen 1,4 Mrd. Franken auf einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der NFA. Solche fallen überall dort an, wo Aufgaben zwischen Bund und Kantonen entflochten werden und der Bund bisher nachschüssige Beiträge leistet. Weitere 2,6 Mrd. Franken betreffen die Ersteinlage in den Infrastrukturfonds. Die Finanzierung der Pensionskassen der SBB und des Bundes verursacht einen ausserordentlichen Zahlungsbedarf von 1,2 bis 2,4 Mrd. Franken, was im Zahlenwerk noch nicht enthalten ist. Insgesamt dürften Sonderausgaben den Bundeshaushalt in den kommenden Jahren mit 5,3 bis 6,5 Mrd. Franken belasten.

**Drohende Mehrbelastungen**

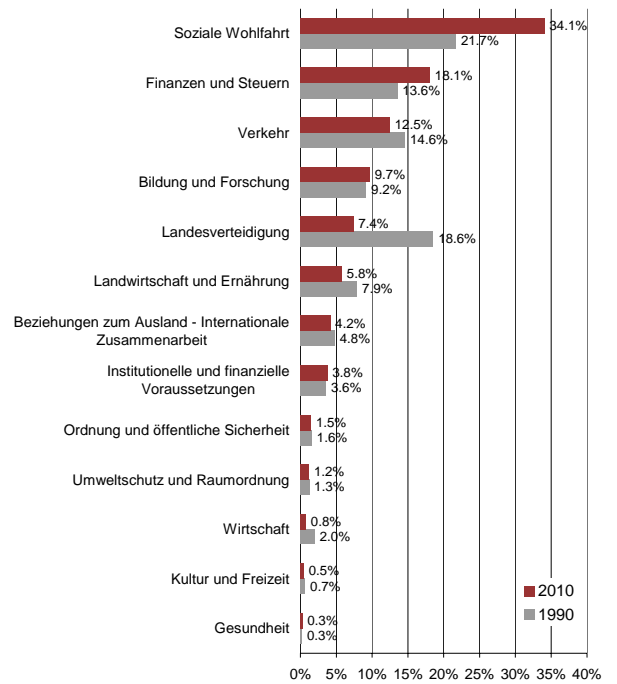
Im Finanzplan nicht enthalten sind weitergehende teure Ausgabenprojekte des Bundes wie beispielsweise die Familienergänzungsleistungen. Deren Zusatzausgaben werden auf jährlich 600 Mio. Franken geschätzt. Nicht berücksichtigt sind auch Mehrbelastungen durch die BFI und andere kleinere Posten.

**Mehrwertsteuer und direkte Bundessteuer als „Cash cows“**

**Voranschlag 2007**

Im Vergleich zum Voranschlag 2006 wird bei der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer mit beträchtlichen Mehreinnahmen gerechnet. Bei der direkten Bundessteuer (+10,3 Prozent) ist dies zum einen die Folge der erwarteten hohen Gewinnentwicklung der juristischen Personen im laufenden Jahr. Zum anderen ergeben sich die hohen Zuwachsraten aus den progressiven Steuertarifen bei den natürlichen Personen. Bei der Mehrwertsteuer ist der Zuwachs von 6,3 Prozent das Ergebnis der prognostizierten Wirtschaftsentwicklung. Unter Berücksichtigung der Debitorenverluste betragen die Mehreinnahmen 2,8 Prozent, was dem prognostizierten Wirtschaftswachstum entspricht. Auch die Stempelabgaben (+14,3 Prozent) dürften infolge der positiven Börsenentwicklung mehr einbringen. Kaum verändert im Vergleich zum Budget 2006 zeigen

**Verschiebung der Ausgabenanteile im Bundeshaushalt zugunsten der Sozialen Wohlfahrt 1990–2010**



Quelle: EFV, Finanzplan 2008-2010

sich die Einnahmenschätzungen für die Verrechnungssteuer, die Mineralölsteuern, die Schwerverkehrsabgabe, die Automobilsteuer, die Nationalstrassenabgabe sowie die Einfuhrzölle.

**Finanzplan 2008–2010**

Die Fiskaleinnahmen machen über 90 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Sie sollen im Zeitraum 2006 bis 2010 im Durchschnitt um jährlich 5,0 Prozent zunehmen. Die günstige Konjunktur widerspiegelt sich vorab bei der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer. Bei der Mehrwertsteuer wird eine mittlere Zunahme von 6,9 Prozent pro Jahr erwartet. Diese kräftige Zunahme ist aber auch auf die für 2009 geplante Erhöhung um 0,8 Prozentpunkte zugunsten der IV zurückzuführen. Bei der direkten Bundessteuer und der Stempelabgabe sind jährliche Zuwächse von 6,6 beziehungsweise 4,6 Prozent eingestellt. Bei der direkten Bundessteuer werden in der Planperiode die kalte Progression ausgeglichen und die Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung (Beseitigung der „Heiratsstrafe“) eingeführt. Mehrwertsteuer, direkte Bundessteuer und Stempelabgabe tragen fast 77 Prozent zu den Fiskaleinnahmen bei. Die übrigen Einnahmen verzeichnen insgesamt betragsmässig keine grösseren Veränderungen. Die Einnahmen durch die Schwerverkehrsabgabe sind eher konservativ eingeschätzt.

## Kommentar

Der Bundesrat hat sich zum Ziel gesetzt, den hohen ausserordentlichen Zahlungsbedarf durch Überschüsse im ordentlichen Budget zu finanzieren und so den Anstieg der Schulden zu vermeiden. Zu einem Schuldenabbau reicht es nicht. Hinzu kommt, dass sowohl Einnahmen wie Ausgaben in der Periode von

2006 bis 2010 das Wirtschaftswachstum deutlich übertreffen. Die Staats- und die Fiskalquote des Bundes steigen weiterhin spürbar. Die Hauptursache dafür liegt in erster Linie in der ge-

planten Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV. Von Abbau oder Totsparen kann keine Rede sein. Die substantielle Expansion von Ausgaben und Steuerbelastung straft jene Lügen, die dem „Sparhysterie“-Mythos – „Aus hungern des Staates“ bzw. „Race to the bottom“ – frönen. Es erstaunt daher, dass gewisse Medien diese Legenden zum Teil einfach unkritisch aufnehmen und diesen noch zusätzlich Echo verschaffen, statt sie zu enttarnen.

Die Ausgabenentwicklung liegt zudem weit über der Vorgabe der vom Parlament überwiesenen Motion Lauri. Diese sieht vor, dass sich die Ausgabenentwicklung unter Berücksichtigung der Konjunktur möglichst an der Teuerung orientiert; denn es sollen keine zusätzlichen Lasten für heutige und künftige Generationen in Form von Schulden oder Steuererhöhungen entstehen.

Für die Staatsaufblähung sind in erster Linie die Finanzierungsautomatismen zugunsten der Sozialen Wohlfahrt verantwortlich (siehe Grafik S. 6). Dem überbordenden Ausgabenwachstum im Sozialbereich ist nur mit strukturellen Reformen beizukommen. Sonst droht den Sozialversicherungen bis 2025 eine Verschuldung von 125 Mrd. Franken oder 15 Prozent des BIP. In den Zusatzerläuterungen zum Voranschlag 2007 wird zu Recht gewarnt, „dass die Sozialtransfers andere, für die Standortqualität

und das Wachstum wichtige Ausgaben zunehmend aus dem Haushalt verdrängen“. Betroffen wären etwa Aufgabenbereiche wie Bildung, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft oder Sicherheit. Diese Entwicklung gefährdet grundsätzlich die Handlungsfähigkeit des Staates. „Um im Haushalt wieder vermehrt Handlungsspielräume zu schaf-

fen“, wird in den Zusatzerläuterungen weiter betont, „müssen sämtliche Aufgaben gebiete im Rahmen der vom Bundesrat in Angriff genommenen Aufgabenüberprüfung ebenfalls systematisch nach Verzicht- und Abbaumög-

lichkeiten durchleuchtet werden.“ Die Wirtschaft unterstützt dieses Vorgehen voll und ganz. Es ist sehr zu wünschen, dass die kommenden Budget- und Finanzplandiskussionen nicht zu stark von den zum Teil populistischen Wahlversprechen beeinflusst werden. ER

---

**„Im Voranschlag 2007 wird zu Recht gewarnt, dass die Sozialtransfers andere, für die Standortqualität und das Wachstum wichtige Ausgaben zunehmend aus dem Haushalt verdrängen. Betroffen wären etwa Aufgabenbereiche wie Bildung, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft oder Sicherheit.“**

---

## Anhang

## Kennzahlen des Bundes

	R 1990	R 2005	V 2007	V 2008	V 2009	V 2010
<b>Staatsquote</b> (Verhältnis Gesamtausgaben/BIP in %)	9.7	11.2	11.3	11.5	11.8	11.8
<b>Steuerquote</b> (Verhältnis Fiskaleinnahmen/BIP in %)	8.8	10.4	10.6	10.6	11.0	11.1
<b>Überschuss-/Defizitquote</b> (Verhältnis Saldo der Finanzrechnung/BIP in %)	0.3	0.0	0.2	0.0	0.1	0.1
<b>Schulden</b> (Mio. Fr.)	38'509	129'800	130'200	134'100	134'500	131'800
<b>Verschuldungsquote</b> (Verhältnis Schulden/BIP in %)	11.8	28.5	26.8	26.8	26.1	24.8
<b>Passivzinsen</b> (Mio. Fr.)	1'832	3'577	3'837	3'936	4'013	4'151
<b>Zinslast</b> (Passivzinsen in % der Gesamteinnahmen)	5.6	7.0	6.9	6.9	6.8	6.3
<b>Transferanteil</b> (Transferausgaben in % ordentlicher Ausgaben)	62.7	75.5	74.7	72.5	73.5	74.2

*V = Voranschlag*

*R = Rechnung*